

Bundesamt für Landwirtschaft  
Office fédéral de l'agriculture  
Ufficio federale dell'agricoltura  
Uffizi federal d'agriculturaSte Kopie: An:  
Kel  
Zos  
Naa3003 Bern  
Mattenhofstrasse 5

5. Juli 1991

☎ 031 / 61 25 36

Ihr Zeichen  
V. référence  
V. riferimento  
Voss segnIhre Nachricht vom  
V. communication du  
V. comunicazione del  
V. comunicaziun dalsUnser Zeichen  
N. référence  
N. riferimento  
Noss segn

HR/ra

BAWI  
Herrn Staatssekretär  
Franz Blankart  
Bundeshaus Ost

3003 Bern

Bx  
GE  
Helsinki  
Oslo  
Stockholm  
Wien

Bundesamt für Aussenwirtschaft	
No.	
EE	777.234.11
R - 8 JULI 1991	
<i>[Signature]</i>	
Kopie an	

EWR-Verhandlungen; Fischereidossier

Sehr geehrter Herr Staatssekretär

Wir beziehen uns auf Ihr Schreiben vom 19. Juni in obgenannter Angelegenheit und möchten uns dazu wie folgt äussern:

Zunächst möchten wir Ihnen danken, dass Sie sich in den EWR-Verhandlungen bisher mit Vehemenz gegen einen Freihandel von Fischöl und -mehl ausgesprochen haben. Eine völlige Liberalisierung hätte in der Tat für die schweizerische Landwirtschaft gravierende Auswirkungen. Neben den Kosten von 200-300 Mio. Fr. pro Jahr - vor allem bedingt durch Mindereinnahmen aus Preiszuschlägen - würden durch die Mehrimporte von billigem Fischöl und -mehl grosse Mengen von inländischen Agrarerzeugnissen verdrängt, so jene tierischen Schlachtfette und Rapsöle, die heute in der Speisefett- und Margarineindustrie verwendet werden. Da Oelkuchen und Oelsaaten zumindest teilweise durch Fischöle und -mehl substituiert würden, ergäben sich beträchtliche Importverlagerungen zuungunsten der USA sowie gewisser Cairns-Staaten (Argentinien, Brasilien) sowie einiger afrikanischen Länder (Senegal, Gambia). Dies wäre mit Blick auf die Uruguay-Runde des GATT nicht ganz unbedenklich.

Eine völlige Liberalisierung des Handels mit Fischölen und -mehlen kann daher nicht in Frage kommen. Unsere bisherigen Abklärungen haben auch ergeben, dass die Einführung einer internen, nicht diskriminierenden Steuer auf Oelen und Fetten sowie Futtermitteln keine gangbare Lösung darstellt. Es besteht keine Verfassungsgrundlage für eine solche Steuer, die - besonders nach dem 2. Juni - politisch kaum durchsetzbar erscheint. Zudem wäre ein grosser administrativer Aufwand



erforderlich, und es ergäben sich schwierige Abgrenzungsprobleme. Ebenso wenig kann u.E. eine Liberalisierung gekoppelt mit einer Kompensation der Verluste durch produktneutrale Direktzahlungen zur Diskussion stehen. Eine solche Lösung wäre fiskalisch nicht verkraftbar, und eine vernünftige Produktionslenkung würde verunmöglicht.

Es verbleiben daher u.E. die beiden folgenden Alternativen:

(1) Freihandel ohne Fischöle und -mehl

Als kleines Entgegenkommen könnte der Freihandel auf Fischen und Fischprodukten der Kapitel 2, 3 und 16 ins Auge gefasst werden. Fischöl (Tarif-Nr. 1504) und Fischmehl (Tarif-Nr. 2301.2000) würden weiterhin bewirtschaftet. Fischzubereitungen der Tarif-Nrn. 1603/04 wie auch die noch mit Zöllen belasteten Fische des Kapitels 3 würden liberalisiert. Eine solche Lösung wäre agrarpolitisch vertretbar und könnte wahrscheinlich am 1. Januar 1993 in Kraft gesetzt werden.

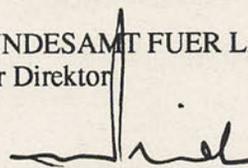
(2) Freihandel für "courant normal"

Die bisherigen Einfuhren von Fischen und Fischprodukten würden liberalisiert, Mehrimporte wie heute bewirtschaftet (Erhebung von Preiszuschlägen etc.). Dadurch könnten Umgehungsimporte verhindert werden, und es ergäben sich keine grösseren Verzerrungen in der Produktionsstruktur. Als Nachteile müssten Mindereinnahmen aus Preiszuschlägen sowie ein gewisser administrativer Mehraufwand in Kauf genommen werden. Dabei sollte die belastungsfreie Grundmenge nicht auf die einzelnen Importeure aufgeteilt werden, sondern es wäre das ordnungspolitisch befriedigendere (keine Rentenbildung!) und administrativ einfachere "Windhundverfahren" vorzusehen. Längere Uebergangsfristen wären nicht erforderlich.

Abschliessend möchten wir jedoch unserer Hoffnung Ausdruck geben, dass es Ihnen und Ihren Mitarbeitern gelingen wird, das heutige Einfuhrregime für Fische und Fischprodukte im Rahmen der EWR-Verhandlungen erfolgreich zu verteidigen, um einen untragbaren Einbruch in unsere Fett-/Oel- und Futtermittelpolitik zu verhindern.

Mit freundlichen Grüßen

BUNDESAMT FUER LANDWIRTSCHAFT  
Der Direktor



J.Cl. Piot